



# WOCHENRÜCKBLICK



Kubickis fragwürdige Reisetätigkeiten müssen überprüft werden



Nachdem Einzelheiten zu der für den Bundestagsvizepräsidenten Kubicki bezahlten Kreuzfahrt auftauchten, zeigen Recherchen nun, dass es sich dabei nicht um einen Einzelfall zu handeln scheint. Auch im Rahmen einer Mallorca-Reise soll Kubicki Vorträge gehalten und sich dafür die Reisekosten erstatten lassen haben.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im Ältestenrat, Stephan Brandner, sieht diese Aktivitäten kritisch und fordert eine Überprüfung durch Bundestagspräsidentin Bas:

„Kubicki benutzt offenbar sein Amt als Vizepräsident, um sich angenehme Reisen finanzieren und fürstlich verwöhnen zu lassen. Dabei dürfte es sich um klare Verstöße gegen das Abgeordnetengesetz handeln, das im Sinne der Korruptionsbekämpfung Vorträge von Abgeordneten gegen Bezahlung oder unangemessene geldwerte Vorteile verbietet. Wenn sich herausstellt, dass Kubicki dieses verbotene Geschäftsmodell betreibt, muss er aus dem Vizepräsidentenamts entfernt werden.“



# Pressemitteilung

## Ampel schenkt Wirten und Bürgern Steuerschock zum Jahreswechsel

Die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie wird ab Januar 2024 auf 19 Prozent erhöht. Darauf sollen sich die Koalitionsparteien SPD, Grüne und FDP verständigt haben. Dazu erklärt der AfD Bundestagsabgeordnete und direkt gewählte Abgeordnete Stephan Brandner:

„Pünktlich zum Weihnachtsfest hat die Ampel-Regierung ein Geschenk für Wirte und Gäste vorbereitet. Zum Jahreswechsel gibt es eine saftige Steuererhöhung. Es werden wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer auf Speisen fällig. Fachleute sagten vor diesem Hintergrund eine Zunahme der Pleiten in der deutschen Gastronomie um 36,5 Prozent für 2024 voraus. Die AfD-Bundestagsfraktion hat versucht, dies abzuwenden. Mit unserem Antrag sollte die Mehrwertsteuer in der Gastronomie dauerhaft auf 7 Prozent festgeschrieben werden. Alle anderen Fraktionen waren dagegen.

Die Vorschläge der AfD können auch zukünftig tausende Betriebe und ihre Beschäftigten in der Gastronomie retten! Unser Land hat nicht zu wenig Einnahmen, sondern nur Leute, die es falsch ausgeben. Deshalb jetzt umsteuern und AfD wählen!“





# Aktuelle Videos



Wir brauchen das 'Gute-Heimkehr-Gesetz'  
5 Fragen - 5 Antworten



Täglicher Rechtsbruch im  
Deutschen Bundestag



Sie plündern diesen Staat aus!



Die größte Partei wird von der  
Splittergruppe SPD bespitzelt



SPD Nazisprech



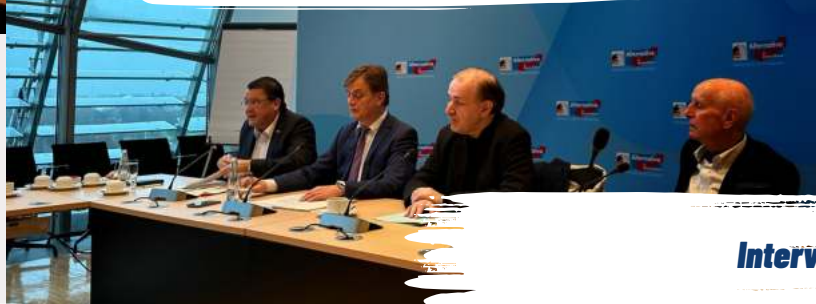
# Plenarwoche in Berlin



**Weihnachtsfeier in der Bundesgeschäftsstelle**



**Pressekonferenz „Pau muss weg“**



**Interview**

**Besuch von René Aust MdL**





# Plenarwoche in Berlin

**Radiointerview SWR2**



**Plenum**



**Fraktionssitzung**



**Weihnachtsfeier Bundestagsfraktion**



**STEPHAN BRANDNER**

# Plenarwoche in Berlin

**Stammtisch Friedrichshain/Kreuzberg**



**Videodreh mit Nicole Höchst und Michael Kaufmann**



**STEPHAN  
BRANDNER**



# #Brandnerunterwegs Bürgerdialog am 15.12. in Büdingen



# Rückblick auf die Plenarwoche

**Mittwoch, 13. Dezember 2023**

## **Aktuelle Stunde zur Pisa-Studie: Bei Kita und Grundschule ansetzen**

*Im internationalen Leistungsvergleich „Pisa“ haben deutsche Schülerinnen und Schüler in diesem Jahr so schlecht abgeschnitten wie noch nie. Sowohl im Lesen als auch in Mathematik und den Naturwissenschaften sind die Leistungen deutlich zurückgegangen. Auf Verlangen der AfD-Fraktion hat der Bundestag am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde mit dem Titel „Ergebnisse der PISA-Studie 2022 ernst nehmen“ eine Stunde lang über das Thema debattiert.*

*„Ohne Migrationswende, keine Bildungswende“, sagte Nicole Höchst (AfD) und verwies darauf, dass der Anstieg schlechter Ergebnisse bei der Pisa-Studie „in etwa parallel“ zum anwachsenden Anteil nicht deutsch muttersprachlicher Schüler in den Klassen verlaufe. Während sich Bund und Länder den „Schwarzen Peter“ zuschieben und diskutieren, wer zuständig sei, blieben derweil die Kinder auf der Strecke.*

## **AFD-Forderung nach Rücktritt von Bundestagsvize Petra Pau abgelehnt**

*Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben am Mittwoch eine Initiative der AfD-Fraktion, die Stephan Brandner federführend erstellt hat, abgelehnt. Gefordert wurde, die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (ehemals Fraktion Die Linke) zum Rücktritt aufzufordern. Ein dazu von der AfD eingebrachter Antrag mit dem Titel „Selbstauflösung einer Fraktion auch im Präsidium widerspiegeln – Vertreterin der aufgelösten Fraktion im Präsidium zum Rücktritt vom Amt der Vizepräsidentin auffordern“ (20/9722) fand gegen die Stimmen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Zustimmung durch die Antragsteller keine Mehrheit.*

*Die AfD-Fraktion will, dass der Bundestag seine Vizepräsidentin Petra Pau (fraktionslos) auffordert, von ihrem Amt zurückzutreten. In einem Antrag begründet sie dies damit, dass die Fraktion der Linken im Bundestag zum 6. Dezember 2023 ihre Auflösung beschlossen hat. Pau sei am 26. Oktober 2021 auf der Grundlage der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages in ihr Amt gewählt worden. Darin heiße es, dass jede Fraktion durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten sei. Durch den Selbstaufhebungsbeschluss der Fraktion sei die Grundlage für die Wahl Paus zur Vizepräsidentin entfallen. Die Mitgliedschaft fraktionsloser Abgeordneter im Präsidium widerspreche der Zielsetzung der Regelungen in der Geschäftsordnung sowie der Beschlüsse des Deutschen Bundestages.*

*Stephan Brandner dazu in seiner Rede: „Die AfD hat in dieser Wahlperiode inzwischen 15 honorige Kandidaten für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten vorgeschlagen, keiner wurde gewählt. Auf der anderen Seite haben wir eine zweifelhafte Fraktion, die gerade mal so über Ausnahmenvorschriften in den Deutschen Bundestag hineingerutscht ist. Und diese zweifelhafte Fraktion hat dann auch noch einen Apparatschik par excellence zur Bundestagsvizepräsidentin vorgeschlagen, nämlich Frau Pau – Frau Pau, die, wenn ich richtig informiert bin, in diesem Jahr ihr 40-jähriges Parteijubiläum in der SED feiert, 1983 in die SED eingetreten, die ehemalige Staatspartei der DDR, die sich die Staatssicherheit, diesen verbrecherischen Staatssicherheitsdienst als Schild und Schwert gehalten hat. Diese Frau Pau haben Sie hier ins Amt gehievt. Und diese Frau Pau ist auf dem Fraktionschiffchen in das Präsidium hineingesegelt. Es ist eigentlich nur ein Akt der politischen Hygiene, der politischen Selbstverständlichkeit, den wir hier wollen. Wir möchten, dass jede Fraktion einen Bundestagsvizepräsidenten stellt und jeder, der keine Fraktion ist, keinen Vizepräsidenten stellt.“*



**STEPHAN  
BRANDNER**



# Rückblick auf die Plenarwoche

**Donnerstag, 14. Dezember 2023**

## **Fraktionen ziehen Halbzeitbilanz der Wahlperiode**

Der Bundestag hat sich am Donnerstag in einer Debatte mit der Halbzeitbilanz der aktuellen 20. Wahlperiode befasst. Dazu lag den Abgeordneten ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Zur Halbzeit der Wahlperiode – Deutschland kann es besser“ (20/9728) vor, der mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Union und bei Enthaltung der AfD abgelehnt wurde.

Leif-Erik Holm (AfD) stimmte der Unionsfraktion bei deren Aussage zu, dass Deutschland es besser könne. „Aber das Problem ist, dass Deutschland nicht die Politiker hat, um es besser zu machen.“ Deshalb brauche es eine neue Kraft, „die hier endlich aufräumt“, befand Holm. Ob die Union die Alternative zur Ampel sei, fragte Holm danach rhetorisch und antwortete darauf in Richtung der Fraktion: „Sie haben doch in 16 Merkel-Jahren damit begonnen, das Land zu entkernen.“ Die Union habe es nicht gekonnt, bürgerlich-konservative Politik zu machen. „Wer soll Ihnen denn heute noch glauben?“ Wer CDU wähle, bekomme heute „öko-sozialistischen Unsinn“, so Holm. Die AfD sei die einzige Chance auf eine bürgerlich-konservative Wende im Land: „Weil wir eben nicht beliebig sind.“

## **Recht - Debatte zur Meinungsfreiheit in den sozialen Medien**

„Keine Beschränkung der Meinungsfreiheit in den sozialen Netzwerken durch die EU-Kommission“. Dies fordert ein Antrag der AfD-Fraktion (20/9742), der am Donnerstag erstmals im Plenum beraten wurde. Die AfD-Fraktion fordert, dass die Meinungsfreiheit in sozialen Netzwerken nicht durch die EU-Kommission beschränkt werden darf. Jeder Bürger habe das Recht, seine Meinung frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Dies sei Teil der EU-Grundrechtecharta, schreiben die Abgeordneten. Der Versuch der EU-Kommission, den Betreiber der Plattform „X“ (vormals Twitter) durch unsubstantiierte Behauptungen und Drohungen einzuschüchtern, atme nicht den freiheitlichen und rechtsstaatlichen Geist dieser hehren Verpflichtung. Die Kommission ziele darauf ab, die Plattform in vorseilendem Gehorsam zur Löschung von Nutzer-Beiträgen zu bewegen, die unter die Meinungsfreiheit fallen, so die Kritik der AfD-Fraktion. Sie fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für die Abschaffung des EU-Digital Services Act (DSA) einzusetzen, der derartige Eingriffe in die Meinungsfreiheit erlaube.



**STEPHAN  
BRANDNER**

# Rückblick auf die Plenarwoche

**Freitag, 15. Dezember 2023**

## **Antrag fordert Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems**

Der Bundestag hat sich am Freitag mit einem Antrag der AfD befasst, der das „Ziel einer deutlichen und dauerhaften Reduzierung der Asylnigration“ aus gibt (20/9743). Die weiteren Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sollten im deutschen Interesse geführt werden.

Die AfD-Fraktion dringt darauf, die weiteren Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) „mit dem Ziel einer deutlichen und dauerhaften Reduzierung der Asylnigration“ zu führen. In ihrem Antrag fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, im Rahmen der anstehenden Trilog-Verhandlungen auf EU-Ebene über die GEAS-Reform eine Neuregelung durchzusetzen, „die eine dauerhafte und verlässliche Reduzierung des Zustroms von Asylbewerbern nach Europa und Deutschland gewährleistet“. Auch soll die Bundesregierung nach dem Willen der Fraktion von jeglichen Bestrebungen absehen, „das geplante Grenzverfahren durch die Herausnahme von Familien mit Kindern noch weiter zu verwässern“. Zudem soll die Bundesregierung dem Antrag zufolge sicherstellen, dass die „überproportionalen Belastungen, die Deutschland infolge des millionenfachen Zustroms von Asylbewerbern seit 2015 und der zusätzlichen Aufnahme einer Million ukrainischer Flüchtlinge entstanden sind“, im Wege einer drastisch reduzierten Zahl von künftig aufzunehmenden Asylbewerbern berücksichtigt wird. Daneben plädiert die Fraktion dafür, auch auf EU-Ebene das sogenannte Ruanda-Modell zu etablieren, „wonach bei illegalem Grenzübertritt das Asylverfahren in einem sicheren Drittstaat außerhalb der EU durchzuführen ist und der Asylbewerber im Falle seiner Schutzbedürftigkeit anschließend dort auch Zuflucht findet“. Zugleich spricht sie sich dafür aus, die Sekundärmigration von einem Mitgliedstaat in den anderen auszuschließen, indem Mehrfach-Asylanträge in der EU untersagt werden und die Zuständigkeit nicht mehr infolge des Ablaufs der Frist für die Überstellung auf einen zunächst nicht zuständigen Mitgliedstaat übergehen kann. Das Klagerecht von Asylbewerbern gegen die Zuweisung an einen Mitgliedstaat und die Überstellung dorthin soll nach den Vorstellungen der Fraktion aufgehoben werden. Des Weiteren wird die Bundesregierung in dem Antrag unter anderem aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Schutzstatus an das Fortbestehen des Fluchtgrundes gekoppelt und damit zwingend temporär ausgestaltet wird. Das gelte insbesondere für Bürgerkriegsflüchtlinge, deren „in der Regel subsidiärer Schutzstatus auslaufen muss, sobald der Bürgerkrieg in wesentlichen Teilen des betroffenen Landes beendet ist“.

## **Anhebung der Obergrenze für Parteienfinanzierung gegen den Willen der AfD beschlossen**

Der Bundestag hat am Freitag, 14. Dezember 2023, das Parteiengesetz geändert. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (20/9147) wurde namentlich mit 541 Stimmen gegen 69 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. In seiner Rede stellte Stephan Brandner klar:

„Sie kriegen den Hals nicht voll. Und das dokumentiert dieses Parteiengesetz, das ja in wesentlichen Teilen auch die Parteienfinanzierung erhöht: um ungefähr 25 Millionen Euro im Jahr. Warum wurde das Ganze 2018 im Umfeld der Fußballweltmeisterschaft quasi klammheimlich beschlossen? Weil die Sozialdemokratische – die Spezial-demokratische – Partei vor der Pleite stand nach der für sie katastrophalen Bundestagswahl 2017. (...) Die AfD hat von Anfang an gesagt: Das ist verfassungswidrig, was da passiert. – Sie alle waren einverstanden. Erst nachdem Sie mitbekommen hatten, dass wir ein Organverfahren, ein Eilverfahren, anstreben, hechelten Sie hinterher mit einer Normenkontrollklage. Und die Normenkontrollklage war dann letztendlich erfolgreich.“



**STEPHAN  
BRANDNER**



# Herzliche Einladung zu Start 2024



**EINLADUNG**

## START 2024

**STEPHAN BRANDNER**

JANUAR | 4 | 2024  
18:00 Uhr

WAHLKREISBÜRO ZEULENRODA  
SCHLEIZER STRASSE 8

Anmeldung:  
stephan.brandner.ma11@bundestag.de



**EINLADUNG**

## START 2024

**STEPHAN BRANDNER**

JANUAR | 5 | 2024  
18:00 Uhr

WAHLKREISBÜRO ALTENBURG  
KESSELGASSE 25

Anmeldung:  
stephan.brandner.ma02@bundestag.de



**EINLADUNG**

## START 2024

**STEPHAN BRANDNER**

JANUAR | 23 | 2024  
18:00 Uhr

WAHLKREISBÜRO GERA  
RUDOLF-DIENER-STRASSE 21

Anmeldung:  
stephan.brandner.ma04@bundestag.de



**EINLADUNG**

## START 2024

**STEPHAN BRANDNER  
UND TORSTEN CZUPPON**

JANUAR | 24 | 2024  
18:00 Uhr

WAHLKREISBÜRO SÖMMERDA  
WEISSENSEER STR. 8

Anmeldung:  
stephan.brandner.ma02@bundestag.de



**EINLADUNG**

## START 2024

**STEPHAN BRANDNER  
UND RINGO MÜHLMANN**

JANUAR | 25 | 2024  
18:00 Uhr

WAHLKREISBÜRO APOLDA  
RITTERSTRASSE 4

Anmeldung:  
stephan.brandner.ma02@bundestag.de



# 2024



**STEPHAN  
BRANDNER**

**11**

# Kommende Sprechstunden

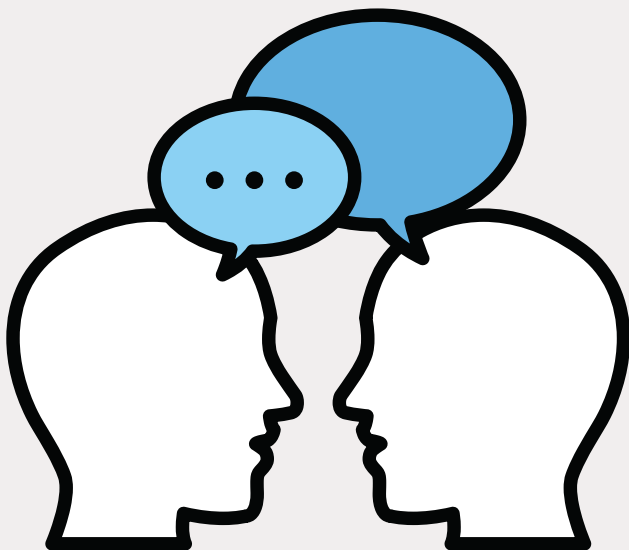
**Sprechstunde**

Januar  
**4**

Wahlkreisbüro  
Zeulenroda

Anmeldung unter  
[stephan.brandner.ma11@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma11@bundestag.de)

AfD



**Sprechstunde**

Januar  
**5**

Wahlkreisbüro  
Altenburg

Anmeldung unter  
[stephan.brandner.ma71@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma71@bundestag.de)

AfD



STEPHAN  
BRANDNER

12



# Weitere Termine



mit Stephan Brandner MdB und Enrico Komning MdB

**12. JANUAR | 17.30 UHR**

**GASTHOF & PENSION  
„ZUM HIMMEL“**

**GREIFSWALDER CHAUSSEE 1  
17509 GROß-ERNSTHOF**



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

V.i.S.d.P.: AfD-Bundestagsfraktion • Vertreten durch den Fraktionsvorstand • Bürgerbüro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

1/1

**Und außerdem:**

- 8.1. Neustadt mit Uwe Thrum**
- 13.1. Anklam mit Jens Schulze-Wiehenbrauk**
- 14.1. Klausur der Bundestagsfraktion**
- 14.2. Neujahrsempfang Augsburg**
- 16.2. Bürgerdialog Gera**
- 7./8.3. Bürgerdialoge Ostthüringen**
- 26.3./27.3. Vereinskongresse GRZ/ABG**
- u.v.m.**



**STEPHAN  
BRANDNER**

**13**

# Herzliche Einladung nach Berlin



**Einladung  
ins  
politische  
Berlin**

**11.-13.4.  
2024**  
mit dem Bus ab  
Ostthüringen

**Inbegriffen:**

- ✓ Besuch Bundestag - Gespräch mit Stephan Brandner
- ✓ Übernachtung im DZ und mehrere Mahlzeiten
- ✓ Politische Stadtrundfahrt, Museen und vieles mehr

**Seien Sie dabei!**

Anmeldung und Informationen: [hg@brandner-im-bundestag.de](mailto:hg@brandner-im-bundestag.de)

## Frohe Weihnachten !



*Ich wünsche  
frohe  
Weihnachten  
und einen  
guten Start in  
das neue  
Jahr!*

**Stephan Brandner** **AfD**





# Wir stehen an Ihrer Seite

## Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21  
07545 Gera  
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30  
Fax: 03 65 - 22 69 12 50  
E-Post: kontakt@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Di bis Do: 10-17  
Uhr**

## Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11  
04639 Gößnitz  
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
E-Post: goessnitz@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Do und Fr: 10-17  
Uhr**

## Wahlkreisbüro Altenburg

Kesselgasse 25  
04600 Altenburg  
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
E-Post: altenburg@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Mo und Mi: 10-17  
Uhr**



## Wahlkreisbüro Zeulenroda

Schleizer Straße 8  
07937 Zeulenroda-Triebes  
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02  
E-Post: zeulenroda@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Mo und Do: 10-17  
Uhr**

## Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8  
99610 Sömmerda  
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888  
E-Post: soemmerda@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr**

## Wahlkreisbüro Apolda

Ritterstraße 4  
99510 Apolda  
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468  
E-Post: apolda@  
brandner-im-bundestag.de  
**Nach Vereinbarung**

## Besuchen Sie mich auch im Netz



[www.facebook.com/stBrandner](https://www.facebook.com/stBrandner)



[www.twitter.com/stbrandner](https://www.twitter.com/stbrandner)



[www.instagram.com/stephanbrandner](https://www.instagram.com/stephanbrandner)



[www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb](https://www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb)



[t.me/StephanBrandnerMdB](https://t.me/StephanBrandnerMdB)



[www.tiktok.com/@brandner\\_afd](https://www.tiktok.com/@brandner_afd)



<https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r>

## Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch

### Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK  
Sparkasse Jena Saale-Holzland  
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75  
BIC: HELADEF1JEN  
**Verwendungszweck: Stephan Brandner**

Sie haben Fragen  
an mich?

Schnell über  
[www.abgeordnetenwatch.de](https://www.abgeordnetenwatch.de)  
stellen und auch andere davon  
profitieren lassen!

[www.stephan-brandner.de](https://www.stephan-brandner.de)



Stephan Brandner  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin



STEPHAN  
BRANDNER

15